

**Gemeinsamer Runderlass
des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport
(HMdIS)
und
des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration
(HMSI)
zur**

**Abstimmung von
Einsatz- und Eigensicherungsmaßnahmen
zwischen
Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr,
Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen
bei
lebensbedrohlichen Einsatzlagen im
Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätern**

Gemeinsamer Runderlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration (HMSI) zur Abstimmung von Einsatz- und Eigensicherungsmaßnahmen zwischen Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttättern

herausgegeben durch das

Hessische Ministerium des Innern und für Sport

und das

Hessische Ministerium für Soziales und Integration

unter Beteiligung

- **des Amtes für Brandschutz und Rettungswesen des Main-Taunus-Kreises**
- **der Branddirektion der Stadt Frankfurt am Main**
- **des Hessischen Landkreistages**
- **des Hessischen Städtetages**
- **der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren – Hessen**
- **des Arbeitskreises Ärztlicher Leiter Rettungsdienst Hessen**
- **des Arbeiter-Samariter-Bundes Hessen**
- **des Deutschen Roten Kreuzes – Landesverband Hessen e.V.**
- **der Johanniter-Unfall-Hilfe – Landesverband Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland**
- **des Landesfeuerwehrverbandes Hessen e.V.**
- **des Malteser Hilfsdienstes e.V. – Landesgeschäftsstelle Hessen**

Erlass

„Abstimmung von Einsatz- und Eigensicherungsmaßnahmen zwischen Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätern“

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
2 Rechtsgrundlagen	4
3 Rahmenvorgaben	5
4 Einsatzleitungen	6
4.1 Einsatzleitungen von Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen	6
4.2 Einsatzleitung der Polizei.....	8
5 Regelung zum Informationsaustausch.....	8
6 Absperrung der Einsatzstelle	8
7 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Soziale Medien	9
8 Alarm- und Einsatzpläne/Übungen	9
9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten.....	9

1 Einleitung

In diesem gemeinsamen Runderlass wird die Abstimmung zwischen der Polizei und den nichtpolizeilichen Einsatzkräften des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen bei Einsatzlagen geregelt, bei denen aufgrund der (häufig emotionalisierten) Erstmeldung Hinweise auf außergewöhnliche Gewaltanwendungen mittels gefährlicher Gegenstände, Schusswaffen oder Sprengmitteln vorliegen und es bereits zu schwerwiegenden Verletzungen oder Tötungen gekommen ist oder diese zu befürchten sind.

Solche Einsatzlagen werden als „**lebensbedrohliche Einsatzlagen im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttättern**“ bezeichnet.

2 Rechtsgrundlagen

Rettungsdienst

Der Rettungsdienst nach § 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (HRDG) ist eine öffentliche Aufgabe der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge. Er hat die bedarfsgerechte, wirtschaftliche und dem aktuellen Stand der Medizin und Technik entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallversorgung und des Krankentransports sicherzustellen.

Feuerwehr

Nach § 2 Abs. 3 des Hessisches Brand- und Katastrophenschutz-Gesetzes (HBKG) haben alle Dienststellen, Einheiten und Einrichtungen sowie deren Träger bei der Gefahrenabwehr zusammenzuarbeiten. Insbesondere haben sie sich unverzüglich gegenseitig über Vorgänge zu unterrichten, deren Kenntnis für die Aufgabenerfüllung der anderen Dienststellen, Einheiten und Einrichtungen bedeutsam erscheint.

Nach § 6 Abs. 1 HBKG haben Feuerwehren nach pflichtgemäßem Ermessen erforderliche Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit, dem Einzelnen oder Tieren die durch Brände, Explosionen, Unfälle oder andere Notlagen, insbesondere durch schadenbringende Naturereignisse, drohenden Gefahren für Leben, Gesundheit, natürliche Lebensgrundlagen oder Sachen abzuwenden. Nach § 6 Abs. 3 HBKG sollen sie auch bei anderen Vorkommnissen Hilfe leisten, wenn die o.g. ihnen obliegenden Aufgaben nicht beeinträchtigt werden.

Katastrophenschutz

Der Einsatz von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und die einheitliche Lenkung aller Katastrophenschutzmaßnahmen wird nach § 24 HBKG erforderlich, wenn ein Ereignis eingetreten ist, das Leben, Gesundheit oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung, Tiere, erhebliche Sachwerte oder die natürliche Lebensgrundlagen in ungewöhnlichem Maße gefährdet oder beeinträchtigt. Nach § 34 HBKG stellen die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden einen Katastrophenfall fest.

Unter der „einheitlichen Lenkung“ im Katastrophenschutzfall werden alle Einheiten der Feuerwehr, des Rettungsdienstes sowie der Hilfsorganisationen geführt.

Polizei

Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) haben die Polizei- und die Gefahrenabwehrbehörden die Aufgabe der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Alle Behörden haben bei der Gefahrenabwehr zusammenzuarbeiten (§ 1 Abs. 6 Satz 1 HSOG). Polizeibehörden leisten nach § 1 Abs. 5 HSOG darüber hinaus anderen Behörden Vollzugshilfe.

3 Rahmenvorgaben

Wichtig für alle am Einsatz beteiligten Einsatzkräfte sind die frühzeitige gegenseitige Information über eine lebensbedrohliche Einsatzlage im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätigkeiten zwischen Polizei und den nichtpolizeilichen Einrichtungen, Einheiten und Einsatzkräften des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen und eine möglichst schnelle Bewertung der Einsatzlage durch die Polizei.

Bereits in der Anfangsphase eines Einsatzes ist ein koordiniertes Zusammenwirken aller Einsatzkräfte untereinander sowie der Einsatzkräfte mit Fachdiensten, insbesondere Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen, sicherzustellen.

Die Einsatzkräfte haben ihr Vorgehen untereinander abzustimmen und sich gegenseitig zu informieren, insbesondere über ihre Standorte, gesicherte Bereiche und Erkenntnisse zu Tätern.

Mögliche Gewalteinwirkungen gegen Kräfte des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und weiterer Hilfsorganisationen (nichtpolizeiliche Einsatzkräfte) oder

Gefahren aus unterschiedlichen Tathandlungen sind bei der Lagebeurteilung zu berücksichtigen und geeignete Maßnahmen zur Eigensicherung zu treffen. Zur Rettung von Personen mit lebensgefährlichen Verletzungen aus dem möglichen Einwirkungsbereich von Tätern können Rettungskräfte durch polizeiliche Maßnahmen geschützt werden.

Alarm- und Ausrückeordnungen sowie Meldebilder und Einsatzstichworte der nichtpolizeilichen Einsatzkräfte bleiben zunächst bestehen, da die grundsätzlichen Einsatzaufträge sich nicht ändern. Aufgrund besonderer Erkenntnisse und Lagen können diese jedoch angepasst, erweitert oder außer Kraft gesetzt werden.

Die Handlungshilfen Heikat <http://www.bbk.bund.de> des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe können bei der Erstellung von Einsatzplänen der nichtpolizeilichen Einsatzkräfte ggf. nützliche Unterstützung leisten.

4 Einsatzleitungen

4.1 Einsatzleitungen von Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen

Die Zuständigkeiten und Befugnisse der Einsatzleitung Rettungsdienst (EL RD) nach § 7 HRDG, der technischen Einsatzleitung (TEL) nach §§ 41 und 42 HBKG, der Gesamteinsatzleitung (GEL) nach §§ 20 und 21 HBKG bleiben durch die besondere Situation der lebensbedrohlichen Einsatzlage im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätern unberührt.

Einsatzleitung Rettungsdienst (EL RD)

Kommen mehrere Einheiten des Rettungsdienstes zum Einsatz, so wird eine EL RD nach § 7 Abs. 1 HRDG gebildet. Sie besteht im Regelfall aus dem Leitenden Notarzt (LNA) und dem Organisatorischen Leiter Rettungsdienst (OLRD).

Dies gilt jedoch nur, wenn ausschließlich Einheiten des Rettungsdienstes angefordert worden sind. Kommen Einheiten der Feuerwehr hinzu, so wird nach § 7 Abs. 2 HRDG die Einsatzleitung Rettungsdienst (EL RD) Bestandteil der technischen Einsatzleitung (TEL) der zuständigen Feuerwehr.

Technische Einsatzleitung (TEL)

Alle eingesetzten Einheiten der Feuerwehren, des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes sowie sonstige Hilfskräfte sind der technischen Einsatzleitung nach § 41 Abs. 4 HBKG unterstellt. Das gilt nicht für ausdrücklich von der Polizei direkt herangezogene Organisationen und sonstige Hilfskräfte, wie z.B. Hundestaffeln.

Die TEL wird von der zuständigen Feuerwehr unter Einbeziehung der EL RD gebildet. Der Brandschutzaufsichtsdienst (der zuständigen Aufsichtsbehörde) kann nach § 41 Abs. 1 Satz 4 HBKG jederzeit selbst die technische Einsatzleitung übernehmen.

Nach § 42 Abs. 2 HBKG ist die technische Einsatzleitung befugt, die notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um an der Einsatzstelle ungehindert tätig sein zu können, soweit nicht entsprechende Maßnahmen von den Polizeidienststellen oder anderen Stellen getroffen werden. Werden Sicherungsmaßnahmen von den Polizeidienststellen oder anderen zuständigen Stellen angeordnet oder aufgehoben, so hat dies im Einvernehmen mit der technischen Einsatzleitung zu erfolgen.

Gesamteinsatzleitung (GEL)

Dem Gemeindevorstand obliegt nach § 20 Abs. 1 HBKG die Gesamteinsatzleitung. Ihre Zusammensetzung ist nicht näher definiert. Sie kann jedoch bei größeren Schadenslagen einen Führungsstab bilden. Sind von einer Schadenslage mehrere Gemeinden betroffen, obliegt die Gesamteinsatzleitung dem Kreisausschuss. Die zuständige Aufsichtsbehörde kann nach § 20 Abs. 2 HBKG die Gesamteinsatzleitung bestimmen oder sie übernehmen.

Nach § 21 Abs. 1 HBKG veranlasst die Gesamteinsatzleitung die zur Gefahrenabwehr notwendigen Maßnahmen unter Einbeziehung ihrer Fachbehörden, z.B. Ordnungsämter. Sie sorgt für erforderliche Sicherungsmaßnahmen, soweit diese nicht von den Polizeidienststellen oder anderen zuständigen Behörden getroffen werden. Sicherungsmaßnahmen der Polizeidienststellen oder anderer zuständigen Stellen sollen nach § 21 Abs. 2 HBKG im Einvernehmen mit der Gesamteinsatzleitung angeordnet oder aufgehoben werden.

Nach § 43 Abs. 3 Satz 2 HBKG bestimmt der Führungsstab der Gesamteinsatzleitung eine oder mehrere TEL.

Sollte der Katastrophenfall festgestellt werden, so untersteht die TEL nach § 43 Abs. 4 HBKG dem Katastrophenschutzstab der unteren Katastrophenschutzbehörde. Aus dem Füh-

rungsstab der GEL des Landkreises oder der kreisfreien Stadt wird der Katastrophenschutzstab gebildet.

In diesem Zusammenhang wird auf das Verbot der Zuteilung und Unterstellung von Feuerwehren sowie Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes durch die Polizei nach § 52 Satz 1 HBKG hingewiesen. Die Amtshilfe nach Maßgabe anderer Rechtsvorschriften bleibt davon unberührt (§ 52 Satz 3 HBKG).

4.2 Einsatzleitung der Polizei

Die polizeiliche Einsatzleitung wird in der ersten Phase durch den jeweils örtlich zuständigen Führungs- und Lagedienst (FuL) im Polizeipräsidium (PP) wahrgenommen. Je nach Lageentwicklung wird eine „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) mit Führungsstab im örtlich zuständigen Polizeipräsidium bzw. der zuständigen Behörde für die Sonderlage (Hessisches Landeskriminalamt, PP Frankfurt am Main, PP Nordhessen) eingerichtet.

An der Einsatzstelle wird polizeilich in der Regel zunächst aus den zuerst eintreffenden Streifen ein „Einsatzleiter Ort“ (ELO) bestimmt und im Fortgang des Einsatzes ein Einsatzabschnitt (EA) „EA Tatobjekt/EA Gefahren-/Schadensort“ eingerichtet.

5 Regelung zum Informationsaustausch

Unmittelbar nach Bekanntwerden einer lebensbedrohlichen Einsatzlage im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätern erfolgt eine gegenseitige Verbindungsaufnahme seitens des polizeilichen FuL und der zuständigen Zentralen Leitstelle (ZLSt). Diese Verbindung soll grundsätzlich bis zum Abschluss des Einsatzes oder bis zur Übertragung der Aufgaben an den Führungsstab der Polizei oder der nichtpolizeilichen GEL aufrechterhalten werden. Die frühzeitige gegenseitige Entsendung von Verbindungspersonen zum jeweiligen Führungsstab ist sicherzustellen.

6 Absperrung der Einsatzstelle

Bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätern wird die Absperrung der Einsatzstelle grundsätzlich von der Polizei vorgenommen. Nichtpolizeiliche Einsatzkräfte betreten den abgesperrten Bereich grundsätzlich nur in Abstimmung mit der Einsatzleitung der Polizei und in eigener Verantwortung.

Die nichtpolizeiliche Einsatzleitung hat frühzeitig mit der Einsatzleitung der Polizei Rahmenaufträge für die Einsatzkräfte abzustimmen.

7 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Soziale Medien

Auskünfte an Pressevertreterinnen und -vertreter während einer noch andauernden lebensbedrohlichen Einsatzlage im Zusammenhang mit bewaffneten Gewalttätigkeiten sind grundsätzlich der Polizeiführung vorbehalten. Etwaige Angaben der nichtpolizeilichen Einsatzkräfte sind zwingend mit der Polizei im Vorfeld abzustimmen.

8 Alarm- und Einsatzpläne / Übungen

Alarm- und Einsatzpläne des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes sind mit den örtlich zuständigen Polizeipräsidien abzustimmen. Bestehende Alarm- und Einsatzpläne für besondere Objekte und besondere Lagen sind entsprechend zu überprüfen und ggf. zu ergänzen. Die Regelungen sollten in gemeinsamen Übungen überprüft werden. Die durch Übungen anfallenden Kosten übernehmen die jeweiligen Aufgabenträger.

9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser gemeinsame Runderlass wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und tritt am 1. März 2017 in Kraft. Er tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Wiesbaden, den . Februar 2017

Im Auftrag

(Milberg)

Hessisches Ministerium des
Innern und für Sport
Abteilung V
- V - 65 j 04 -

Im Auftrag

(Münch)

Hessisches Ministerium des
Innern und für Sport
Landespolizeipräsidium
- LPP 12 21 b 04 20 -

Im Auftrag

(Dr. Hölz)

Hessisches Ministerium für
Soziales und Integration
Abteilung V
- V/V6b - 18r - 2550-0004/2017 -